

RELIGION

27.05.16

Hamburgs Muslime wollen "raus aus dem Hinterhof"



Daniel Abdin, Vorsitzender des Rates der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.

Foto: imago stock&people / imago/epd

Vorsitzender der islamischen Al-Nour-Gemeinde fordert sichtbare Moscheen, damit sich Muslime in Deutschland akzeptiert fühlen.

Hamburg. Hamburgs Muslime wollen raus aus dem Hinterhof. "Es ist nicht gut für die Gesellschaft, dass wir immer nur in dunklen Ecken sind", sagte Daniel Abdin, Vorsitzender der islamischen Al-Nour-Gemeinde, am Donnerstagabend auf einer Podiumsdiskussion in der Moschee-Baustelle von Hamburg-Hamm. Nur "transparente, im Stadtbild sichtbare Moscheen" könnten dafür sorgen, dass sich vor allem Muslime der 2. und 3. Generation "endlich in Deutschland akzeptiert fühlen".

Geschätzt 150.000 Muslime leben in Hamburg. Die meisten ihrer etwa 50

Moscheen liegen in Gewerberäumen, in schlichten Wohnhäusern oder in Hinterhöfen, in Baracken, Einkaufszentren, Tiefgaragen oder anderen Provisorien. Allein die ebenso bekannte wie schöne Imam Ali Moschee an der Außenalster und vielleicht die Centrum-Moschee in St. Georg bilden bislang eine Ausnahme.

Die Al-Nour-Moschee ist dabei, eine weitere Ausnahme zu werden: Bereits 2012 hatte die islamische Gemeinde die einstige evangelische Kapernaum-Kirche in Hamburg-Hamm von einem Kaufmann erworben. Anfang 2014 begann der Umbau unter dem Motto "Außen Kirche - innen Moschee". Zunächst waren 1,5 Millionen Euro veranschlagt, jetzt werden die Kosten auf drei Millionen Euro geschätzt. Im vergangenen September spendierte der Staat Kuwait 1,1 Millionen für neue Empfangsräume. Deren Rohbau ist fertig - aber für die Turmsanierung würden jetzt 630.000 Euro benötigt, sagte Abdin.

Gegen Parallelgesellschaften müssten sichtbare Moscheen gebaut werden

"Wir wollen zu der zentralen interreligiösen Begegnungsstätte in Hamburg werden", versprach Abdin. Dafür setze man auf den Dialog mit allen Nachbarn, mit allen Religionen und auch mit allen Nicht-Religiösen. Wichtig allein sei, dass Gesellschaften in Frieden leben. Doch einen Eröffnungstermin konnte er nicht nennen - er hofft auf "irgendwann in 2017". Bis dahin trifft sich auch die Al-Nour-Gemeinde weiterhin in einer Tiefgarage in St. Georg, mit bis zu 2.500 Gebetsteilnehmern.

Unterstützung erhielt Abdin von dem Hamburger Michel-Architekten Joachim Reinig. Der hatte vor drei Jahren an einer umfangreichen Studie mitgearbeitet, die über 42 Hamburger Hinterhof-Moscheen in Text und Bild erfasste. "Seitdem ist wenig passiert", sagte Reinig. Zwar habe sich auch Hamburgs Oberbaudirektor Jörn Walter wiederholt für repräsentative Moscheebauten ausgesprochen, doch weder in der gesamten Hafencity-Planung noch bei der sogenannten "Mitte Altonas" sei jemals von Moschee-Ideen die Rede gewesen.

Wer etwas gegen Parallelgesellschaften unternehmen wolle, müsse sichtbare Moscheen bauen, sagte Reinig. Sie dienten der Stabilisierung, der "Stärkung der Herkunftskultur" und der "Transformation von Heimat». Moscheen seien "Zentren des sozialen Lebens". Es gebe Kinder- und Jugendarbeit, Nachhilfe und Computerkurse, Rechtsberatungen und "Hilfe beim Ausfüllen deutscher Formulare". Das sei "wichtigste Integrationsarbeit", die endlich gewürdigt

werden müsse. Reinig: "Und die muslimischen Frauen stricken und häkeln wie bei jedem christlichen Gemeindebasar."

Stefanie von Berg, religionspolitische Sprecherin der Grünen-Bürgerschaftsfraktion, räumte Nachholbedarf des Parlaments ein, sprach aber von "Versäumnissen von Jahrzehnten". Der Zustand vieler Hinterhof-Moscheen sei "wenig einladend". Auch sie plädierte für Moschee-Bauten "in allen Stadtteilen". Angesichts der aktuellen Suche nach Grundstücken für Flüchtlingsunterkünfte oder bezahlbaren Wohnraum sei dafür aber eine breite Akzeptanz der Bürgerschaft derzeit nur schwierig herzustellen.
(epd)



In der früheren Kapernaumkirche in Horn, heute die im Bau befindliche Al-Nour-Moschee, diskutieren Bürger über den Moscheebau in Hamburg

dpa/Daniel Bockwoldt

Grüne fordern neue Moscheen

Muslime bräuchten genug angemessene **Räume für Gebet und Gemeindearbeit**, fordert die Abgeordnete Stefanie von Berg

JENS MEYER-WELLMANN UND
BERNHARD SPRENGEL (DPA)

HAMBURG ■ Die Hansestadt braucht nach Ansicht der Grünen neue Moscheen. „Als religiöser, christlicher Mensch trete ich dafür ein, dass auch muslimische Gemeinden in Hamburg würdevolle Gebetsräume erhalten. Es geht dabei ja auch darum, eine funktionierende Gemeindearbeit mit Seelsorge und Integrationsmaßnahmen zu gewährleisten und Orte der Begegnung zu schaffen“, sagte die Grünen-Bürgerschaftsabgeordnete Stefanie von Berg dem Abendblatt. „Bisher sind manche Moscheen bessere Baracken, da müssen wir etwas tun.“

Als religiöser Mensch trete ich dafür ein, dass auch muslimische Gemeinden in Hamburg würdevolle Gebetsräume erhalten.
Stefanie von Berg, Grüne

Von Berg dementierte, eine neue Moschee für jeden Hamburger Stadtteil gefordert zu haben, wie es dpa am Sonntag verbreitete. „Es sollen nicht in jedem Stadtteil Moscheen entstehen, es geht darum, zusätzlich zu den 50 bestehenden Moscheen drei neue zu bauen, damit jeweils für 300 bis 400 Gläubige zum Freitagsgebet eine Moschee zur Verfügung steht“, sagte von Berg dem Abendblatt. „Der Begriff Stadtteilmoschee ist womöglich missverständlich. Die Forderung orientiert sich an einer 2013 entstandenen Studie zum

Moscheenbedarf in Hamburg.“ Die Finanzierung der Moscheen solle „wie bei unseren Kirchen auch in der Regel von den Gemeindegliedern kommen“, so die Grünen-Politikerin. „Sollte Geld von außen als Ausnahme gespendet werden, so ist die Finanzierung offenzulegen – wie dies die Al-Nour-Moschee ja etwa getan hat.“ Eine Finanzierung aus anderen Ländern halte sie „aber als Regelform für problematisch, da dies einer Steuerung aus dem Geldgeberland Vorschub leisten könnte.“

Gefragt nach einer möglichen Überwachung von Moscheen aufgrund des Verdachts verfassungsfeindlicher Aktivitäten, sagte von Berg: „Eine generelle Überwachung jeder einzelnen Moschee lehne ich ab. Dies würde ja bedeuten, dass jeder Gemeinde per se mit verfassungsrechtlichen Bedenken belegt wird. Allerdings halte ich die Überwachung von Gemeinden, bei denen ein begründeter Verdacht vorliegt, für angemessen.“

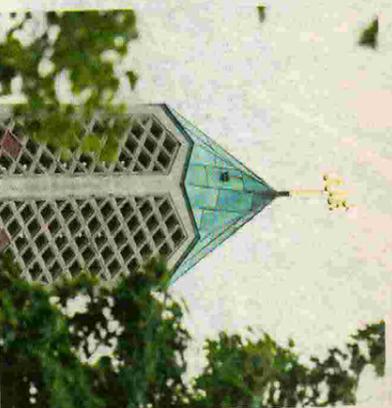
Anlass der Debatte war eine Veranstaltung der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung am Donnerstagabend in der noch im Umbau befindlichen neuen Al-Nour-Moschee in Horn, der früheren Kapernaumkirche. Laut der Stiftung gibt es für die mehr als 150.000 Muslime in Hamburg nur etwa 50 Moscheen und Gebetsräume. Viele von ihnen platzen aus allen Nähten, sagte der Architekt Joachim Reinig bei der Veranstaltung. Er hatte die erwähnte Stuhäuser untersucht. Dringlich sei der Bau von mindestens sieben Stadtteilmoscheen, so Reinig.

Eine der größten ist derzeit die Al-Nour-Moschee in St. Georg. Zum Frei-

tagegebet kommen nach Angaben des Gemeindevorsitzenden Daniel Abdin regelmäßig etwa 2500 Gläubige, die in zwei Schichten beteten, teilweise sogar vor dem Gebäude auf der Straße. „Wir haben festgestellt, dass nicht weniger Muslime freitags beten, als Christen



Joachim Reinig, Daniel Abdin und Stefanie von Berg (v. l.) dpa/Bockwoldt



Der Turm einer neuen Moschee der Al-Nour in Horn dpa/Daniel Bockwoldt

sonntags in die Kirche gehen“, sagte Reinig bei der Veranstaltung. Die Kritik an Neubauten könne er nicht verstehen. Nur Populisten stellten sich zusammen mit Rechten dagegen. In der Bevölkerung sei dieser Widerstand gar nicht da. Dass in Wilhelmsburg eine gigantische Megamoschee gebaut werden sollte, sei „völliger Quatsch“, sagte der Architekt zu Äußerungen aus der CDU. „Das ist eine Stadtteilmoschee.“ Sie werde Platz für 300 bis 400 Gäste bieten. „Das ist völlig angemessen für das Viertel.“ Es sei dagegen skandalös, dass keine Moschee im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 2013 in Wilhelmsburg errichtet worden sei.

Auch die Al-Nour-Gemeinde sucht nach einem neuen Gebäude, obwohl sie noch an ihrem spektakulären Projekt baut: Die ehemalige Kapernaumkirche im Stadtteil Horn ist schon mehr Moschee als Kirche. Den Turm zierte bereits der goldene arabische Schriftzug für Allah. Im Inneren des fast ovalen Hauptgebäudes erinnern eigentlich nur noch die farbigen Fenster an den christlichen Ursprung. Das Islamische Zentrum Al-Nour hatte die Kirche Ende 2012 von einem Investor gekauft. Die evangelisch-lutherische Gemeinde hatte kein Geld für die erforderliche Sanierung gehabt. Die Kirche aus dem Jahr 1961 stand gut zehn Jahre lang leer. Derzeit ist der Umbau ins Stocken geraten, weil die Kosten sehr viel höher sind als erwartet, wie Abdin sagt. Zwar hat Kuwait 1,1 Millionen Euro für einen neuen Anbau gegeben. Aber nun muss auch der Turm für 630.000 Euro saniert werden. Nur Gott allein wisse, wann das Gotteshaus fertig werde, sagte der Gemeindevorsitzende.

Neue Eir Pflegers

UKE begrüßt die

CORNELIA WERNE

HAMBURG ■ Krtepfleger und Kinder sind für viele im rufe. Derzeit gibt es 3000 junge Menschen, rund 1900 in der Kinderkrankenpflege Altenpflege. Geht es in der Ausbildungsgänge Sie hat einen Geseform der Pflegeberbracht, in dem untehen ist, die Ausbildzu einer generalisduung zusammenzuMontag ist im Burung zu dem Gesetz

In Hamburg wite Ausbildung schoAlbertinen-Schule i180 Ausbildungsplmit guten Ergebnigen hätten gezeigt ausgebildete Pflegflexibel einsetzbar die Besonderheit reiche erkennen u ten Blick Pflegenfassend wahrnehm Rückmeldungen z sagt Schulleiterin I Gesunndheitsse Prüfer-Storcks (SIPläne der Bundes schon heute große zierten Pflegekräft darf wird in Zukun Auch im UKE form positiv: „Ich t worter der general sie wird in anderen Jahren mit großen Bei der Vielfalt von der Pflege – von de zum OP – ist es ve zubildende nach d Bereiche in kurz können. Erfolgt j eine strukturierte fitieren alle Bete davon“, sagt Joa für Patienten- ur und UKE-Vorstar

Die Kritiker dieser Ausbildung tivität auf der Hamburgische

Ast stür in Berg

BERGENDORF ■ ist von einem he Kopf getroffen verletzt worden fand sich am Sor zu einem Waldg als sich gegen 14 dicke Ast einer B



Dieser Satz sorgt für Hass-Attacken: „Wir müssen für alle Stadtteile Moscheen haben“

Hamburger Morgenpost, 30.05.16



Die Politikerin Stefanie von Berg (51) sitzt seit 2011 für die Grünen in der Bürgerschaft. Sie ist Fachsprecherin für die Bereiche Schule und Berufsbildung, Inklusion und Religion. Die Blaue Moschee an der Alster ist eine der ältesten Moscheen in Deutschland.

Foto:

Fotolia/hfr

Erneut sieht sich die Bürgerschaftsabgeordnete Stefanie von Berg (Grüne) einem Shitstorm mit Beleidigungen und Todesdrohungen ausgeliefert. Auslöser ist eine Forderung, die sie während einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in der ehemaligen Kapernaum-Kirche in Horn gestellt haben soll – die wird derzeit in eine Moschee umgewandelt.

„Ich finde, wir müssen wirklich für alle Stadtteile Moscheen haben“, soll sie laut Medienberichten gesagt haben. Das sei so nicht richtig, erklärte sie jetzt gegenüber der MOPO: „Es geht um Stadtteil-Moscheen für gewisse Einzugsbereiche und im Prinzip um drei neue Moscheen, die laut einer Studie nötig sind. Was ich fordere, ist ein Moscheen-Entwicklungsplan für die Stadt.“

In der Studie „Moscheen und Gebetsräume in Hamburg“ im Auftrag des Senats wird aufgezeigt, dass die Moscheen aus allen Nähten platzen. Insgesamt fünf zusätzlich Moscheen werden dort benannt – unter anderem in Altona und Wilhelmsburg und eine für die marokkanische Gemeinde. Darauf beruft sich Stefanie von Berg. „Es geht überhaupt nicht darum, in jedem der 104 Stadtteile eine Moschee haben zu wollen“, betont sie.

Doch der Shitstorm in den sozialen Medien und über E-Mail ist in vollem Gange. Auf Twitter heißt es etwa: „Wenn Sie Frauenhasser und Terroristen so lieben, dann hauen Sie doch ab.“ In einer E-Mail schrieb ein A. Schwarzer: „Ich hoffe, Sie hängen mit eingeschlagenem Schädel am Baume.“

Bereits 2015 erlebte von Berg [übelste Beschimpfungen und Morddrohungen](#). Damals hatte sie in einer Bürgerschaftsrede prophezeit, dass es in 20, 30 Jahren keine ethnischen Minderheiten mehr gebe, sondern eine „superkulturelle Gesellschaft“. Auch die Hamburger AfD beteiligte sich damals an dem Shitstorm, der an der Substanz der anerkannten und geachteten Politikerin zehrte.

Jetzt also steht sie wieder im Fokus. „Es ist erstaunlich, dass eine auf den ersten Blick so harmlose Aussage, dass wir eine Moscheen-Entwicklungsplanung bzw. Stadtteil-Moscheen brauchen, innerhalb von Minuten einen erneuten Shitstorm auslösen kann“, so von Berg. Erschreckend, zumal „zum einen erneut eine meiner Aussagen falsch interpretiert wird“, sagt sie.

„Denn eine Stadtteil-Moschee ist laut Definition nicht eine Moschee in jedem Stadtteil. Und zum anderen zeigt sich ein weiteres Mal, wie tief die Angst vor ‚dem Islam‘ bei einigen Menschen verwurzelt ist.“



IN ALLER KÜRZE

Hamburg gegen Exzellenzen

Hamburg will beim Förderprogramm für deutsche Hochschulen nachverhandeln. In einem vertraulichen Papier fordert das Land, „dass die bereits in der Förderung befindlichen Exzellenzuniversitäten im Wettbewerb mit möglichen Neuansträgen regelmäßig nach sieben Jahren evaluiert werden“. Der rot-grüne Senat fürchtet, dass stets dieselben Unis an die Geldtöpfe herankommen. (dpa)

Grüne für mehr Moscheen

Angesichts der steigenden Zahl von Muslimen in Hamburg plädieren die Grünen für den Bau neuer Moscheen. „Ich finde, dass wir sieben Stadtteilmoscheen brauchen, für jeden Bezirk eine“, sagte die Bürgerchaftsabgeordnete, Stefanie von Berg. (dpa)

Parade für Neubauten

Mit einer Parade unter dem Motto „Hamburg – ich will ein Haus von dir“ haben am Samstag rund 500 AktivistInnen des Bündnisses „Recht auf Stadt – Never mind the Papers“ mehr sozialen Wohnungsbau für Geflüchtete und Obdachlose gefordert. Mit Attrappen von Hochhäusern und Schildern wie „Wolkenkratzer für alle“ oder

„Bauen statt abschieben“ setzten sich die DemonstrantInnen für eine Wende in der Stadtentwicklungspolitik hin zu innerstädtischer Verdichtung ein. Die Parade begann am Karolinenplatz und endete mit einem „Public Hearing“ vor dem Springer-Hochhaus, bei dem diskutiert wurde, ob darin Geflüchtete untergebracht werden könnten. (taz)

Fans gegen Homophobie

Im Anschluss an ein Fußballturnier gegen Rassismus im Millernstorstadion haben am Samstagabend im Schanzenviertel rund 1.000 Fußballfans – vor allem aus der linken Szene – gegen Homophobie demonstriert. Laut Polizeiangaben wurden vereinzelt Böller und Nebelkerzen gezündet. Ein Mensch wurde verletzt. (taz)

Fußballclub für Weltrekord

Das längste Spiel der Fußballgeschichte soll morgen um 22 Uhr auf dem Polizeisportplatz im Schanzepark angepfeifen werden. Der FC Hamburger Berg will gegen den VfL Wallhalben 111 Stunden lang spielen und damit den Weltrekord um sechs Stunden überbieten. Die Einnahmen sollen Flüchtlingen in Hamburg zugutekommen. (epd)

HEUTE IN HAMBURG

„Alles dreht sich um Technik“

STANDORT Beim Hamburg Innovation Summit ist Innovation das zentrale Thema.

taz: Herr Kilian: Was ist für Sie eine Innovation?

Jochen Kilian: Eine Innovation ist eine Produkt- oder Dienstleistungserneuerung, die dadurch entsteht, dass eine Erfindung in einem neuen Zusam-

Wie viele Gäste erwarten sie?

Wir rechnen mit deutlich mehr Teilnehmern als 2015, als die Veranstaltung bereits 400 Besucher hatte.

Ein Ziel des Summits ist, „die Technologien von morgen

Momo ist für!

STREET-WORK Wohnungslose Jugendliche im Projekt, der Beratungsstelle „Kids“, dr

VON KAIJA KUTTER

Sie hätten gern ein Büro: Das sagten die ehemals wohnungslosen Jugendlichen Patricia und Lucas, als sie im vergangenen Herbst in der Sozialbehörde empfangen wurden. Das hat geklappt: Am Freitag eröffnete in der Ernst-Merck-Straße die ständige Vertretung der Straßenkinder: „Momo – the voice of disconnected youth“.

Anwesend war auch Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD), deren Behörde rund 37.000 Euro für die Miete und zur Bezahlung einer unterstützenden Sozialarbeiterin dazu gibt. Die Hauptpersonen sind aber Patricia, 20, Oxana, 26, und Lucas, 20, die selbst zeitweise auf der Straße gelebt haben und so auch „die Ungerechtigkeit und das Gefühl, nicht gehört zu werden, erlebt haben“, wie sie in einem Flyer zitiert werden. „Ander als Sozialarbeiter können wir Sorgen wirklich nachvollziehen“, sagt Patricia. Sie floh 2013 selbst aus einem Heim in Mecklenburg-Vorpommern.

Nun haben die drei Stellen im Bundesfreiwilligendienst – und die Aufgabe, „Sprachrohr“ in Politik und Jugendhilfe zu sein: Junge Menschen, die auf der Straße leben oder schlechte Erfahrung mit Heimen machen, können sich an „Momo“ wenden. Am Freitag erklärten die drei, die Erlebnisse ernst nehmen zu wollen. „Das ist komplett neu. Wir müssen schauen, wie das alles klappt“, so Patricia. Man wolle „die Jugendhilfe revolutionieren“, sagt Lucas.

Ein Schwesterprojekt gibt es in Berlin und dem brandenburgischen Jamlitz. Entstanden war



Wenn es gut läuft, wird hi
Foto: Jonas Füllner/Hinz&Kun

„Es ist ein ganz be
Termin für mich und
Stadt“, sagte die Sozials
Die Politik wisse sch
dass man nicht alle
chen erreiche und ne
gehen müsse. Das Bür
„toller Ansatz“, so Leon
können denen, über di
reden, eine Stimme ge

Ungetrüb aber war
mung nicht bei der
hungsfeier in den Bür

29.05.16 | **Islam**

Grüne fordert Moscheen in jedem Hamburg

Viele islamische Gotteshäuser platzen aus allen Nähten. Nun fordert die Hamburger Grünen-Politikerin Stefanie von Berg den Bau von Stadtteilmoscheen – und wird dafür wüst beschimpft. *Von Geli Tangermann, Bernhard Sprengel*



Foto: dpa

Auf dem Turm der ehemaligen Kapernaum-Kirche, die zur Moschee umgebaut wird, prangt bereits der Name Allahs in Gold

Man dürfe den Islam nicht weiter in Hinterhöfe verbannen, brauche neue Moscheen, um den vielen Muslimen der Stadt einen vernünftigen Platz zum Beten zu geben, sagt die Grünen-Abgeordnete (Link: <http://www.welt.de/themen/buendnis-90-die-gruenen/>) Stefanie von Berg. Und fordert jetzt den Bau neuer Gotteshäuser in vielen Stadtteilen. Besonders für den interreligiösen Dialog und die Integration von Flüchtlingen benötige man die neuen Moscheen als Orte der Begegnung.

Der Vorstoß hat bei Twitter einen regelrechten Shitstorm ausgelöst. "Wenn Sie Frauenhass und Terroristen so lieben, dann hauen Sie doch ab", schreibt ein Nutzer in Richtung Stefani von Berg. Es ist noch eine der gemäßigeren Beschimpfungen, die in den sozialen Netzwerken zu lesen sind.

Und es ist nicht das erste Mal, dass sich die Abgeordnete einer Hass-Welle

(Link: <http://www.welt.de/151253499>) ausgeliefert sieht: Zuletzt war sie nach einem Redebeitrag zum Thema ethnische Minderheiten massiv bedroht worden.

Nach Angaben der Heinrich-Böll-Stiftung gibt es für die mehr als 150.000 Muslime in Hamburg derzeit nur etwa 50 Moscheen und Gebetsräume (Link: <http://www.welt.de/themen/moscheen>). Viele von ihnen platzen aus allen Nähten, wie der Architekt Joachim Reinig sagt. Er hat vor drei Jahren eine Studie erstellt und darin 42 islamische Gotteshäuser in Hamburg untersucht. Diese sei immer noch aktuell.

Gläubigen beten auch auf Fluren, in Kellern, auf Höfen

"Die jungen islamischen Gemeinden haben insgesamt zum Freitagsgebet etwa so viele Besucher wie die christlichen Kirchen zum sonntäglichen Gottesdienst", heißt es in der Studie. Die Räume seien mehrfach überbelegt "und die Gläubigen beten auch auf Fluren, in Kellern, auf Höfen und in Vorgärten". Dringlich sei der Bau von mindestens neun Stadtteilmoscheen, sagt die Abgeordnete Stefanie von Berg gegenüber der "Welt". Sechs davon als Ersatz für bestehende Gotteshäuser, drei davon ganz neu.

"Es sind ziemlich absurde Orte, an denen sich die Muslime in Hamburg treffen", so die Politikern. Und sieht darin eine Gefahr: "Je weniger die Menschen vom Islam sehen, desto größer bleiben die Vorbehalte." Man müsse sichtbare Moscheen bauen und sie zu Orten der Begegnung machen. Und die Abgeordnete betont, dass viele Gemeinden wichtige Aufgaben übernehmen würden. In der Jugendarbeit, in der Integrationsarbeit.

Mit Blick auf verfassungsfeindliche Aktivitäten in einigen islamischen Gemeinden betont von Berg jedoch: "Aber sicher werden wir immer genau hinschauen, welche Vereine eine Moschee bauen wollen, und werden unter Umständen solche Moscheevereine dann auch verbieten." Politiker dürften an diese Frage nicht mit Naivität herangehen.

"Völlig angemessen für das Viertel"

Eine der größten Moscheen in Hamburg ist derzeit die Al-Nour-Moschee in St. Georg. Zum Freitagsgebet kommen nach Angaben des Gemeindevorsitzenden Daniel Abdin regelmäßig etwa 2500 Gläubige, die in zwei Schichten beteten, teilweise sogar vor dem Gebäude auf der Straße.

Doch auch die Al-Nour-Gemeinde sucht nach einem neuen Gebäude, obwohl sie gerade an einem spektakulären Projekt baut: Die ehemalige Kapernaum-Kirche

(Link: <http://www.welt.de/146664571>) im Stadtteil Horn ist schon mehr Moschee als Kirche. Den Turm

ziert bereits der goldene arabische Schriftzug für Allah. Im Inneren des fast ovalen Hauptgebäudes erinnern eigentlich nur noch die farbigen Fenster an den christlichen Ursprung.

Das Islamische Zentrum Al-Nour hatte die Kirche Ende 2012 von einem Investor gekauft. Die evangelisch-lutherische Gemeinde hatte kein Geld für die erforderliche Sanierung gehabt. Die Kirche aus dem Jahr 1961 stand gut zehn Jahre lang leer. Das Gebäude bröckelte, Obdachlose kampierten unter dem Vordach, wie sich der frühere Anwohner Benjamin Holm erinnert.

Derzeit ist der Umbau etwas ins Stocken geraten, weil die Kosten sehr viel höher sind als erwartet, wie Abdin sagt. Zwar hat Kuwait 1,1 Millionen Euro für einen neuen Anbau gegeben. Aber nun muss auch der Turm für 630.000 Euro saniert werden. Nur Gott allein wisse, wann das Gotteshaus fertig werde, sagt der Gemeindevorsitzende bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung auf der Baustelle. Er fügt aber hinzu: "Ich kann Ihnen versprechen, dass es ein wunderschönes Gebäude und eine interreligiöse Begegnungsstätte wird."

Moschee in Wilhelmsburg: "Völlig angemessen für das Viertel"

Laut Stefanie von Berg sind derzeit bereits zwei neue Moscheen konkret in Planung: Eine in der Nähe des S-Bahnhofs Wilhelmsburg und eine in der Nähe des neuen Wohnquartiers Neue Mitte Altona, das derzeit gebaut wird. Die Kosten für die Neubauten tragen die Gemeinden selbst, die Stadt kann ihnen lediglich bei der Suche nach geeigneten Flächen helfen.

Zuletzt hatten Pläne für ein neues Gotteshaus in Wilhelmsburg für Zündstoff gesorgt. Dass dort eine gigantische Mega-Moschee gebaut werden solle, sei "völliger Quatsch", meint Architekt Joachim Reinig zu entsprechenden Äußerungen aus der CDU. Vielmehr sei eine Stadtteilmoschee mit Platz für 300 bis 400 Gläubige im Gespräch. "Völlig angemessen für das Viertel", findet Reinig. Skandalös sei hingegen, dass keine Moschee im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 2013 in Wilhelmsburg errichtet wurde. Auch in der HafenCity habe es die Stadt "verschlafen", für ein Projekt zu sorgen.

Zustimmung von CDU-Politiker Wersich

Moscheen seien noch immer nicht Teil der Hamburger Stadtplanung, heißt es auch in dem Gutachten. "Die Moscheen sind mit ihren vielfältigen Aufgaben und Angeboten Teil der gesellschaftlichen Realität der Stadt Hamburg geworden, was jedoch in der Öffentlichkeit nicht in dieser Deutlichkeit wahrgenommen wird." Ihre baulichen Zustände seien diskriminierend.

Dietrich Wersich, religionspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, betont, dass es nicht Aufgabe der Stadt sei für neue Moscheen zu sorgen. "Ich denke, dass das die Angelegenheit der jeweiligen Gemeinden ist", sagt der Politiker. Den Ansatz, das religiöse Leben aus den

Hinterhöfen zu holen, unterstütze er jedoch. Allerdings gebe es nicht nur muslimische Gemeinden, die sich an unwürdigen Orten treffen würden. "Es sind auch christliche, zum Beispiel afrikanische Gemeinden, die ihre Gottesdienste zum Beispiel in Industriehallen abhalten", sagt Wersich.

Von Berg hofft, dass es innerhalb der Fraktionen "einen breiten Konsens" rund um das Thema geben werde – bereits im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen war das Platzproblem der Gemeinden benannt worden. Es dürfe aber nicht darum gehen, "Symbolbauten zu errichten", findet Wersich.

Mit Material von dpa

© \

Nach Moschee-Vorstoß

30.05.16

Grünen-Senator will gegen Hass im Netz vorgehen

Der Vorschlag der Grünen-Abgeordneten, mehr Moscheen in Hamburgs Bezirken zu bauen, sorgt für Wirbel in den Sozialen Netzwerken. Nun stellt sich Hamburgs Justizsenator vor seine Parteikollegin.



Foto: Pressebild.de/Bertold Fabricius Till Steffen (Grüne) will Hasskriminalität "strafrechtlich neu überdenken"

Mit ihrer Forderung, [mehr Moscheen in Hamburgs Bezirken zu bauen](#), damit die Muslime in würdevollen und angemessenen Räumen ihre Religion ausüben können, erntete die Hamburger Grünen-Politikerin Stefanie von Berg im Internet und per Mail zahlreiche schmähende und beleidigende Zuschriften aus ganz Deutschland.



Hamburger Grüne

[„Brauchen eine Planung zum Bau von Moscheen“](#)

Hamburgs Justizsenator Till Steffen (ebenfalls Grüne) regte in einem Facebook-Eintrag an, diese "neue Qualität von Hasskriminalität" strafrechtlich neu zu überdenken.

Der "wesentliche Effekt" der Beschimpfungen entstehe durch das gemeinsame Wirken der einzelnen Kommentatoren. "Sie stellen das Opfer quasi an die Wand". Jeder Kommentator entschlöße sich mit seinem eigenen Post, "Teil dieses Mobs" zu werden. "Der einzelne Kommentar wird so ein Element eines größeren Unrechts."

Auch Stefanie von Berg selbst äußerte sich dazu: "Es ist die [Summe der Mails, Tweets und Posts](#), die letztendlich wirklich furchteinflößend ist."

Die geltenden Paragraphen zu Beleidigung oder Bedrohung würden da selten greifen. Hintergrund des Vorstoßes der Politikerin war, dass es derzeit für die mehr als 150.000 Muslime in Hamburg nur etwa 50 Moscheen und Gebetsräume gibt. Viele von ihnen platzen aus allen Nähten, andere seien in einem baulich schlechten Zustand.

jlau

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT elbvertiefung

Jeden Tag ZEIT für Hamburg



Regen am Morgen, Temperaturen zwischen 12 und 16 Grad und eine Sonne, die nur gelegentlich die dichte Wolkendecke durchbricht – so schnell verfliegt die frühlommerliche Euphorie vom Wochenende.

Guten Morgen,

mal wieder spaltet die **Elbphilharmonie** die Gemüter – bei der Opposition, die ein durchdachteres **Konzept zur Anfahrt und zum Verlassen** des Konzerthauses anmahnt (wie wär's ansonsten mit mehr Betten für das im Gebäude befindliche Hotel?). Und bei uns meldeten sich Leser, die es ungerecht fanden, dass ich den Kulturtempel als »DPKSEK« bezeichnete – »Die Philharmonie, die kein Schwein erreichen kann«. »Die armen Schweine!«, so R. W. aus Barmbek. Andere mahnten zur Bescheidenheit: »Wenn Sie in die Laeishalle wollen, hält doch auch der Bus nicht vor der Tür!« Das stimmt natürlich – und ist das nicht schon schlimm genug?



Mark Spörrle / Foto: Vera Tammen

Wieder andere wollten wissen, ob es »DPKSEK« als Aufdruck auf T-Shirts gebe (wir klären das). Und Leser Gerd Scheunemann fragte an: »Wie wäre es, wenn die ZEIT einen Wettbewerb unter den Hamburger Friseuren ausloben würde, mit welcher Frisur die Damenwelt – chic aufgebrezelt – trotz der Hamburger Winde sowie den Fallwinden der Hafencity-Gebäude **diskriminierungsfrei** (mit heiler Frisur) die Ränge in der Elbphi erreicht?«

Und dann gibt es sicher noch **einen großen raffinierten Plan von Senat**, Hafenbehörde und den Machern des wasserumspülten Kulturhauses.

Denn haben sich die Hamburger nicht schon immer nach italienischer Leichtigkeit und Grandezza gesehnt? Ist man nicht wahnsinnig stolz auf die Bezeichnung »Venedig des Nordens«?

Nur: **Was fehlt zu einem perfekten Venedig?** Gondeln. Gondeln mit Gondolieri, die überall am Elbufer anlegen, elegant gewandete Konzertbesucher zusteigen lassen, dann mit souveränen Ruderschlägen auf die festbeleuchtete Elbphilharmonie zuhalten und dabei Arien schmettern, solo, im Chor, im Falsett – stellen Sie sich das nur vor: Ein Traum!

Aber wer weiß, ob es je dazu kommt. Denn vielleicht ist das Keiner-kommt-hin-Verkehrskonzept nur eine letzte Vorsichtsmaßnahme. Damit niemand es merkt, falls die Elbphilharmonie wieder nicht fertig wird.

Mehr Moscheen für Hamburg

Der Islam gehört zu Hamburg: Über 150.000 Muslime leben in der Stadt, es gibt etwa 50 Moscheen. Die sind für viele Hamburger unbekanntes Terrain, »**Hinterhof-Moscheen**« nennt **Joachim Reinig** die Gebetshäuser. Der Architekt hat an der Studie »Moscheen und Gebetsräume in Hamburg« mitgearbeitet. Und eins zeigt die Untersuchung im Auftrag des Senats, der Schura (Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg), des DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) sowie des VIKZ (Verband der Islamischen Kulturzentren): **Die Nachfrage nach muslimischen Gotteshäusern steigt** – viele Moscheen klagen über Platznot.

Herr Reinig, was für Moscheen baut man heute?

Das geht von modern bis zu typisch orientalisch mit Kuppel und Minarett. Weil fünfmal am Tag gebetet wird, müssen die Gebäude gut beheizt sein. Wichtig sind auch sanitäre Anlagen, denn das Gebet gilt im Islam nur nach einer rituellen Waschung. Vielen Muslimen ist vor allem eines wichtig: Sie wollen sichtbar werden im Stadtbild. Der Bau von Moscheen ist ein wichtiger Schritt der Integration.

Also nicht, wie manche fürchten, ein Zeichen von Überfremdung?

Minarette im Stadtbild sind kein Zeichen der Abschottung, im Gegenteil: Sie zeigen, dass Muslime ihren Platz in

Deutschland haben. Sie haben sich entschieden, hier zu bleiben, und sind bereit, viel Geld in Gebäude zu investieren. Hier entsteht also keine Parallelgesellschaft. Sichtbare Moscheen signalisieren Muslimen, dass sie friedlich bei uns leben können, ohne Angst haben zu müssen um ihre Herkunft und Kultur.

In Stammtischgesprächen wird immer wieder vor großen Moscheen in den Städten gewarnt.

Das ist Unsinn. Gerade jugendlichen Muslimen wird in Moscheen der Wert von Bildung vermittelt: In westafrikanischen Gemeinden etwa stellen wir einen hohen Bedarf an Weiterbildungsräumen fest, für Nachhilfe oder Computerkurse. In ganz Hamburg ist uns nur eine Moschee bekannt, in der Hassprediger auftreten und Jugendliche radikalisiert werden.

Ist es also eher die Befürchtung, statt der gewohnten Kirchenglocken könne bald der Muezzin-Ruf durch die Stadt schallen?

Die Gebetsrufe werden nur innerhalb der Moscheen und Gebetsräume übertragen. Das liegt nicht daran, dass es Auflagen seitens der Stadt gäbe – bisher hat einfach keine Moschee den Muezzin-Ruf per Lautsprecher beantragt.

Wo braucht man laut Ihrer Untersuchung Moscheen in Hamburg?

Es fehlen vor allem Stadtteilmoscheen im Osten und Süden der Stadt – etwa in Harburg und Wilhelmsburg oder Schnelsen.

Am Donnerstag präsentiert Reinig seine Ergebnisse im Rahmen der Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung »Raus aus dem Hinterhof« in der neuen Al-Nour-Moschee in Horn, der ehemaligen evangelischen Kapernaum-Kirche, die sich derzeit noch im Umbau befindet. Davor befand sich die Moschee 20 Jahre lang in einer Tiefgarage.



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse: <http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Moscheen-Raus-aus-dem-Hinterhof-nur-wie.moschee478.html>

Stand: 01.06.2016 10:40 Uhr - Lesezeit: ca.5 Min.

Moscheen: "Raus aus dem Hinterhof - nur wie?"

von Kristina Festring-Hashem Zadeh, NDR.de

"In manche Hamburger Moschee traue ich mich selbst als Moslem nicht 'rein': Daniel Abdin, Vorsitzender der Hamburger [Al-Nour-Gemeinde](#), lacht. Doch eigentlich findet er den aktuellen Zustand vieler islamischer Gotteshäuser in Hamburg alles andere als witzig. Ein Großteil der etwa 50 Moscheen ist wenig einladend in düsteren Hinterhöfen, Hochhäusern oder Garagen untergebracht. "Würdelos", meint Abdin. Die Mitglieder seiner Gemeinde beten derzeit in einer ehemaligen Tiefgarage im Stadtteil St. Georg und weichen zum Teil sogar auf die Straße aus. "Wir sind beim Freitagsgebet mittlerweile so viele, dass wir in zwei Schichten beten", beschreibt Abdin die Situation. In den vergangenen Jahren sei seine Gemeinde auf mittlerweile etwa 2.500 Mitglieder gewachsen. Zum einen wegen der vielen muslimischen Flüchtlinge, zum anderen "weil wir einen sehr liberalen Islam vertreten". Menschen aus 30 Nationen versammeln sich seinen Angaben zufolge wöchentlich zum Gebet im Parkhaus.

Hochhäuser und Tiefgaragen: Wo Muslime in Hamburg beten

"Moscheen müssen transparenter werden"

Wie schwierig es für die islamischen Gemeinden in Hamburg ist, geeignete Orte zum Beten zu finden und zu finanzieren, zeigt das Beispiel Al-Nour. Acht Jahre lang habe sich der Vorstand vergeblich nach Alternativen zum Parkhaus umgeschaut, berichtet Abdin. "Dabei ist es so

MEHR ZUM THEMA

[Architektur](#)

MEHR AUS HAMBURG



[Stretchlimousinen in Lohbrügge ausgebrannt](#)

[Initiative fordert Masterplan für Flüchtlinge](#)

[Janosch-Ausstellung Hamburg](#)

[Kinderarmut: Sozialverbände fordern Taten](#)

[Ex-Rockerboss bestreitet Waffenbesitz vor Gericht](#)

[Hamburg Übersicht](#)

wichtig, dass unsere Moscheen transparenter werden", sagt er mit Nachdruck. Das Unbehagen mancher Nicht-Muslime gegenüber den Islam-Gläubigen rührt seines Erachtens auch daher, dass die Orte, an denen sich die Menschen zum Gebet versammeln, häufig abgelegen und in tristem Ambiente angesiedelt sind. "Das wird von vielen leider gleich mit Extremismus oder Terrorismus verknüpft", bedauert der 52-Jährige.

Skepsis bei Umbau ehemaliger Kirche

Die Al-Nour-Gemeinde hatte Glück: 2012 ergab sich die Möglichkeit, das Gebäude der ehemaligen Kapernaum-Kirche in Hamburg-Horn von einem Investor zu kaufen. Angesichts des Umbaus eines ehemals christlichen Gotteshauses zur Moschee meldeten sich viele skeptische Stimmen. So sprach der ehemalige Michel-Hauptpastor Helge Adolphsen von einem "Dammbruch". Der katholische Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke nannte den Verkauf ein "Missgeschick".

Vision eines interreligiösen Zentrums

Mittlerweile sind die Wogen weitgehend geglättet, was auch an Abdins Engagement liegen dürfte. "Die Umwandlung einer Kirche in eine Moschee muss eine Ausnahme bleiben", betont der gebürtige Libanese, nach dessen Vorstellung die ehemalige Kapernaumkirche zu einer interreligiösen Begegnungsstätte werden soll. Regelmäßig lädt die Al-Nour-Gemeinde zu Informationsveranstaltungen auf die Baustelle ein. Ihre Mitglieder beteiligen sich an lokalen Veranstaltungen wie dem Horner Stadtteilstadtteilfest, um mit den Menschen aus der Umgebung ins Gespräch zu kommen.

Projekt weit teurer als gedacht



"Sieht doch schon ganz gut aus": Nachbar Jens Jarmuth kommt gern auf die Moschee-Baustelle und

Nachbar Jens Jarmuth schaut jedenfalls gern auf der Baustelle vorbei, auf die an diesem Abend die Heinrich-Böll-Stiftung zu einer Podiumsdiskussion eingeladen hat. "Na, das sieht doch schon gut aus",

unterhält sich mit dem Vorsitzenden der Al-Nour-Gemeinde, Daniel Abdin.

sagt der 83-Jährige zu Abdin und blickt auf die weiße Wandverkleidung, die die verwitterten

Backsteinmauern im Inneren des Gebäudes mittlerweile verdeckt. "Danke", erwidert Abdin und seufzt, "aber leider gibt es noch sehr viel zu tun."

Der Umbau ist weit teurer als anfangs gedacht. Erst im Zuge der Arbeiten sei klar geworden, wie marode das Gebäude wirklich ist, sagt Abdin. Kürzlich habe die Gemeinde erfahren, dass allein die Sanierung des denkmalgeschützten Turms 630.000 Euro kosten wird. Zwar hat der Staat Kuwait die Hamburger bereits mit 1,1 Millionen Euro unterstützt, dennoch fehle noch eine hohe Summe, um das allein aus Spenden finanzierte Projekt abzuschließen. Entsprechend ist die Eröffnung der Al-Nour-Moschee bereits mehrfach verschoben worden, einen neuen Termin mag Abdin derzeit nicht nennen. "Wir sind so etwas wie eine Mini-Elbphilharmonie", nimmt er den Rückschlag mit Humor.

"Stadt hat das Thema über Jahre versäumt"

Für Architekt Joachim Reinig ist die Kostensteigerung keine Überraschung. "Bei alten Gebäuden ist so etwas nicht ungewöhnlich", sagt er. Reinig ist an diesem Abend als Experte geladen. Er hat bereits vor drei Jahren für die Stadt Hamburg eine umfangreiche Studie zur Situation der Hamburger Moscheen erstellt. "Geändert hat sich seither kaum etwas, es wird dringend Zeit, dass sich etwas tut", resümiert er. Im Stadtbild sichtbare Moscheen seien wichtig, damit sich die Muslime in ihrem Glauben als Teil der Gesellschaft akzeptiert fühlten. Dies sei auch ein Weg, um Parallelgesellschaften vorzubeugen.

Grünen-Politikerin für Vorschlag wild beschimpft



Grünen-Politikerin Stefanie von

Einen Moschee-Entwicklungsplan hält auch die religionspolitische Sprecherin der Hamburger Grünen, Stefanie von Berg, für dringend notwendig.

Berg, hier im Gespräch mit Daniel Abdin, hält einen städtebaulichen Moschee-Entwicklungsplan für dringend notwendig.

Derartiges habe die Stadt jahrzehntelang versäumt, sagt sie bei der Veranstaltung. Wie

schwierig ein sachlicher Umgang mit diesem Thema allerdings ist, zeigen Reaktionen auf einen Tweet, den von Berg im Anschluss an die Diskussionsrunde bei Twitter absetzte. Für ihre Forderung nach einer "Planung für Hamburg zum Bau von Moscheen" wurde sie von vielen Nutzern des sozialen Netzwerks [🔗 wild beschimpft](#). "Ich habe den Eindruck, dass das Wort 'Moschee' bereits ausreicht, um einige Rassisten auf den Plan zu rufen, die wieder vor der Islamisierung des Abendlandes warnen", sagt von Berg im Gespräch mit NDR.de. Glücklicherweise hätten sich aber viele Nutzer dem Shitstorm entgegengestellt.

"Generelles Misstrauen ist nicht angebracht"

Natürlich gebe es auch Moscheevereine, bei denen der Verfassungsschutz genauer hinschauen müsse, betont von Berg. "Selbstverständlich dürfen wir nicht naiv sein und denken, wir haben uns alle lieb und sind Brüder und Schwestern im Geiste." Ihrer Ansicht nach ist religiöser Fanatismus aber ein Problem, das in vielen Religionsgemeinschaften vorkommen kann. "Ich denke da zum Beispiel an manche Freikirchen." Daher sei ein genereller Misstrauensverdacht gegenüber allen muslimischen Gemeinden falsch und nicht angebracht. "So etwas schürt nur weiter Vorurteile und Ängste."

Baustellenbesuch: Eine Kirche wird zur Moschee

WEITERE INFORMATIONEN



Spatenstich auf dem Weg zur Moschee

Mit einem symbolischen Spatenstich begannen am Montag die Arbeiten für einen Anbau, der die Kapernaumkirche zur Al-Nour-Moschee machen wird. Dabei: der stellvertretende Botschafter Kuwaits. (21.09.2015) **mehr**



Außen Kirche, innen Moschee

Von der Kapernaumkirche zur Al-Nour-Moschee: Auf dem Teppich beten die Muslime, die Fassade aber erinnert an die christliche Vergangenheit. Besuch auf einer Baustelle in Hamburg-Horn. (03.09.2015) **mehr**



Zum Opferfest ins Parkhaus

Wo begehen muslimische Flüchtlinge die wichtigsten islamischen Festtage? Eine Moschee auf Hamburg-St. Pauli hat ein Parkhaus für das Opferfest hergerichtet, um mit ihnen dort zu feiern. (24.09.2015) **mehr**



Tag der offenen Moschee in einer Kirche

Die Umwidmung der Kapernaum-Kirche in eine Moschee sorgte für viel Wirbel. Im Oktober 2013 hat sich die Al-Nour-Gemeinde ihren neuen Nachbarn in Hamburg-Horn vorgestellt. (02.10.2013) **mehr**

Eintrag 16 bis 18 von 18

Altonaer schrieb am 02.06.2016 10:52 Uhr:

"Einen Moschee-Entwicklungsplan hält auch die religionspolitische Sprecherin der Hamburger Grünen, Stefanie von Berg, für dringend notwendig. Derartiges habe die Stadt jahrzehntelang versäumt, sagt sie bei der Veranstaltung."

Und die Islamisierung ist ein irres Hirngespinnst der Pegida?
Niemand will eine Mauer bauen.... gell Frau Berg.

Bigott schrieb am 02.06.2016 10:55 Uhr:

"Im Stadtbild sichtbare Moscheen seien wichtig, damit sich die Muslime in ihrem Glauben als Teil der Gesellschaft akzeptiert fühlten. Dies sei auch ein Weg, um Parallelgesellschaften vorzubeugen."

In den Herkunftsländern gibts an allen Ecken Moscheen. Das hält die Menschen aber offensichtlich

nicht davon ab hauptsächlich in solche Länder abzuwandern, in denen noch keine Moscheen zum öffentlichen Stadtbild gehören.

Was soll also wieder diese Opferrolle nach dem Motto: Ohne Islamisierung fühlen sich die Muslime von der Gesellschaft nicht angenommen.

Kurzzeitig schrieb am 02.06.2016 11:02 Uhr:

Es kann doch auch sein, dass die Kinder der Neubürger gar keinen Bock mehr auf Religion haben, oder zu einer anderen Religion wechseln, die ihnen vielleicht besser gefällt. Das weiß man doch heute gar nicht. Ich finde es rassistisch, anzunehmen, dass alle Muslime und auch ihre Nachkommen immer Muslime bleiben werden. Das können sie ja hierzulande jetzt selbst frei entscheiden und niemand hat ihnen da reinzureden. Den selben Prozess gab es auch bei den Christen und jetzt stehen die Kirchen leer herum und werden nicht mehr gebraucht.

Zu Seite:

<< < 1 2 3 4

Artikel kommentieren

Nachrichten **Themen** Radio Mediathek Gottesdienst & Gebet Service

Şehitlik-Moschee Berlin

© Paul Zinken (dpa)

29.05.2016



Die Zentralmoschee in Köln

© Rolf Vennenbernd (dpa)

Diskussion in Hamburg über Moschee-Entwicklungspläne**Megamoschee oder Beten in der Tiefgarage?****Eine einzige repräsentative Moschee besitzt Hamburg laut einer Studie. Die anderen 42 befinden sich in Läden, Hinterhöfen, Tiefgaragen oder Hochhäusern. In der Hansestadt wurde deshalb jetzt über Moschee-Neubauten diskutiert.**

Beten kann man überall - ob abends im Bett oder unterwegs im Zug. Dennoch brauchen Gläubige, gleich ob Christen, Juden oder Muslime, auch einen Ort der Begegnung. In Hamburg wurde jetzt auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung über Moschee-Neubauten diskutiert. Mit recht klarem Ergebnis: Denn dass die Moscheen heraus aus den Hinterhöfen müssen - darüber gab es auf dem Podium am Donnerstagabend in der früheren evangelischen Kapernaum-Kirche in Hamburg-Horn, die derzeit zu einer Moschee umgebaut wird, keine zwei Meinungen.

"Hamburg braucht eine Moschee-Entwicklungsplanung", forderte etwa Stefanie von Berg, religionspolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion. Eine Haltung, für die sie Zustimmung von den weiteren Podiumsteilnehmern erntete: dem Vorsitzenden der Al-Nour-Gemeinde, Daniel Abdin wie auch von Kirchenarchitekt Joachim Reinig.

gekommen." Es dürfe nicht sein, dass die meisten Hamburger Muslime in ehemaligen Garagen, Läden oder anderen provisorischen Gebetsräumen beten müssten. Gerade angesichts der Ängste, die durch die Zuwanderung in der Bevölkerung entstünden und von rechten Kräften forciert würden, seien Orte der Begegnung wichtig: "Und Moscheen sind solche Orte."

Skeptisch äußerte sich die grüne Abgeordnete zur politischen Stimmung in Sachen Moscheen. Es sei zwar der CDU-Bürgermeister Ole von Beust gewesen, der vor mehr als vier Jahren den Staatsvertrag zwischen der Stadt und den muslimischen Verbänden angeregt habe, aber inzwischen hätten einige CDU-Politiker entdeckt, dass man mit dem Thema Ängste schüren könne. "Wir hoffen aber, dass wir die CDU an Bord behalten, weil wir einen breiten Konsens bei dem Thema brauchen", so von Berg.

Keine "Mega-Moschee"

Architekt Reinig nannte ein aktuelles Beispiel für die Haltung der CDU in der Frage. In der Hamburger Morgenpost hatte sich der CDU-Kommunalpolitiker Jörn Frommann vor kurzem gegen den Bau einer großen Moschee in einem geplanten neuen Wohnquartier in Wilhelmsburg gewandt, die in der Zeitung als "Mega-Moschee" bezeichnet wurde.

"Mega-Moschee ist natürlich Blödsinn", betonte Reinig, "die Moschee hat eine ganz normale Größe." Der Architekt leitete für die Schura, den Rat der islamischen Gemeinden, und die großen muslimischen Verbände DITIB und VIKZ mit Förderung des Senats eine Studie zu Hamburgs Moscheen, die er bei der Podiumsdiskussion in Hamburg-Horn vorstellte. Für die Untersuchung besuchte Reinig alle 42 Moscheen der genannten Verbände. Nur eine sei wirklich repräsentativ, die Imam Ali Moschee an der Außenalster, die anderen befänden sich etwa in früheren Läden oder Betrieben, in Hochhäusern oder Hinterhöfen, erklärte er.

Späte Reaktion von Politik

Der Bedarf an Gebetsräumen für die Muslime sei lange bekannt, aber man habe wenig getan, bedauerte Reinig. Jetzt erst habe der Hamburger Senat die Dringlichkeit des Themas erkannt. Es müssten Moscheen gebaut werden, die im Stadtbild deutlich erkennbar sind, forderte er: "Sichtbare Moscheen sind notwendig, um Integration zu ermöglichen."

Beim Vorsitzenden der Al-Nour-Gemeinde Abdin, einem von

noch beten müssten. Die Al-Nour-Gemeinde, deren Besucher aus 30 Nationen kommen, nutzt derzeit noch eine ehemalige Tiefgarage im Hamburger Stadtteil St. Georg. Beim Freitagsgebet müssen Gläubige zum Teil wegen Überfüllung auf die Straße davor ausweichen.

Kirche zu Moschee umgebaut

In dieser Notlage habe man die ehemalige Kapernaum-Kirche in Horn gekauft, um sie zur Moschee umzubauen, so Abdin. Es müsse aber eine Ausnahme bleiben, dass eine Kirche in eine Moschee umgewandelt werde. Einen Termin für die Fertigstellung könne er noch nicht nennen. Fest stehe aber, dass die bisherige Schätzung der Baukosten korrigiert werden müsse - von etwa eineinhalb Millionen Euro auf das Doppelte.

Kristian Stemmler
(KNA)



Ahmadiyya-Gemeinde bleibt bei Moscheebau gelassen »



Ahmadiyya-Vorsitzender sieht Proteste gegen Moscheebau gelassen »



Mehr zum Thema: Islam und Kirche » Kirche und Politik »

Artikel empfehlen   

domradio.de



[Kontakt](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Rechtshinweise](#)

[Über uns](#)

[Presse](#)

[Shop](#)

Medien



Partner



Erzbistum Köln

